

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Auslieferung monatlich 6,50 RM., vierteljährlich 19,50 RM., durch d. Post bei tagl. Auslieferung monatlich 6 RM., vierteljährlich 18 RM. Die 10paltige 27. und letzte Seite 2 RM. Bei Fernbestellungen sind die 10paltige 27. und letzte Seite 2 RM. bei Fernbestellungen sind die 10paltige 27. und letzte Seite 2 RM. bei Fernbestellungen sind die 10paltige 27. und letzte Seite 2 RM.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung: Moritzstraße 38/40. Druck u. Verlag von Siegel & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 19 393 Ostpr.

Stadtdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unserlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Gebr. Arnhold

DRESDEN-BERLIN

Waisenhausstraße 20/22 | Berliner Bureau: Hauptstraße 38, Chemnitz Straße 96 | Berlin W 53, Französische Straße 330

Ausführung aller bankmäßigen Geschäfte  
Aufbewahrung von Wertpapieren zwecks Zinsschein-Einlösung  
An- und Verkauf in- und ausländischer Werte  
Vermittlung der Abstempelung tschechisch-slowakischer Wertpapiere

### Frankreichs Entschädigungsforderungen.

#### Keine Ermäßigung.

**Einiger Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten:**  
Paris, 8. Dez. Die römische „Tribuna“ meldet aus Paris, daß die Regierung abgelehnt habe, der nach Brüssel gehenden Delegation Vollmacht zu geben, in den Besprechungen mit den Deutschen die von Frankreich verlangten Wiederaufbauansprüche zu ermäßigen.

#### Frankreichs verblähter Nimbus in Washington

**Einiger Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten:**  
Paris, 8. Dez. Der frühere französische Botschafter Jusserand, der während des Krieges erfolgreich Frankreichs Politik bei Wilson zu führen verstand, ist Dank dieser Erfolge von neuem von seiner Regierung nach den Vereinigten Staaten geschickt worden. Jusserand hat jetzt die Aufgabe, in Washington bei dem Nachfolger Wilsons die Wege für den Aufbau zu ebnen. Gleichzeitig hat er neue Handelsverträge mitgebracht, die mit der künftigen Regierung abzuhandeln sind. Ganz so leicht, als sich Jusserand die Sache denkt, wird es diesem in Washington nicht werden, denn politisch hat Frankreich bei einem großen Teil der Bevölkerung ausgesetzt und diese Stimmung beherrscht auch unter den Mitgliedern des neuen Repräsentantenhauses. Dazu kommt aber die Tatsache, daß die republikanische Regierung in die verwickelte europäische Politik mischt. Mit Wilson ist Frankreichs Sonne in Washington untergegangen.

#### Die Ententnote über die Ministerreden.

Der „Vorwärts“ führt die erneute Ententnote über die Ministerreden in Wien und Athen auf eine Anregung durch die militärischen Beobachter zurück und sagt: Die Entente kann hundertmal das Journal „Le Figaro“ für sich in Anspruch nehmen. Für unser Gefühl bleibt es das Recht eines gerechten Militarismus. Das Blatt fragt, wer kann es uns verdenken, wenn wir mit aller Anbrunn den Tag herbeiführen, an dem jeder Deutsche auf deutschem Boden ohne Rücksicht von Generalen frei liegen und jodeln kann, was er denkt.

#### Die Haltung Argentiniers in Genf.

**Einiger Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten:**  
Genf, 8. Dez. Der Vertreter Argentiniens hat seit Dienstag an den Beratungen des Völkerbundes nicht mehr teilgenommen, während er sich der Abstimmungen bereits seit Sonnabend enthalten hatte. Der japanische Delegierte hat zur Abrückungsfrage noch ein Memorandum eingebracht, worin alle diejenigen Staaten, deren Grenzen an Lande hängen, die noch nicht dem Völkerbunde angehören, vorläufig von jeder Beschäftigung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser befreit bleiben sollen.

Genf, 7. Dez. Puchredon erklärte einem Davis-Vertreter, daß die argentinische Abordnung in Genf nur ihre Grundfrage verteidigt habe und daß niemand das Recht habe, zu behaupten, sie habe sich zum Anwalt Deutschlands gemacht. (W. I. B.)

Bern, 7. Dez. Nach dem „Berner Tagbl.“ enthält der Vorwurf, daß Frankreich immer noch an der faden Idee festhalte, der Völkerbund sei in erster Linie dazu da,

Frankreichs Sieg zu befestigen und auszubauen. Leider unterläßt die Schweiz diesen wichtigen Gedanken durch ihr Verhalten, denn sie sucht durch allerlei Erklärungen eine gewisse Neutralität zu markieren. (W. I. B.)

#### Um die noch im „Völkerbunde“ fehlenden Staaten.

Genf, 8. Dez. Der Pariser „Matin“ meldet: Die Wechselschlichtungs-Kommission hat sich mit allen gegen fünf Stimmen geeinigt, die Frage der Aufnahme der Bedingungen für die im Bunde noch fehlenden Staaten nicht erneut zur Debatte zuzulassen. Die Vertreter der drei skandinavischen Staaten und Spaniens stimmen gegen den Beschluß.

Bern, 7. Dez. Die „Baseler Nachrichten“ erblicken die Ursache für die ganz bedeutliche Krise, die der Völkerbund durchzumachen hat, noch mehr als im Rückgang Argentiniens in der Bräufertung durch das Londoner Diktat in Sothen Argentinens. (W. I. B.)

#### Hardings Stellung zu den Alliierten und dem Völkerbund.

**Einiger Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten:**  
Genf, 8. Dez. Der „Herald“ meldet aus New York: Harding wird sich nicht auf die Entsendung eines Vertreters zum informativem Bericht über die Völkerbundtagung in Genf einlassen. Der Präsident wird bis zu seinem Amtsantritt keine Handlungen unternehmen, die seine spätere Politik festlegen könnten. Auch von der Entsendung eines Senators zum Zwecke unerbittlicher Besprechungen mit den Alliierten in Abwand genommen worden.

#### Die Frage der deutschen Kabel.

Amsterdam, 7. Dez. „Telegraaf“ zufolge hat Japan vorgeschlagen, die Frage der deutschen Kabel in der Subkommission des Völkerbunde zu unterbreiten. (W. I. B.)

#### Frankreichs auswärtige Politik.

Paris, 8. Dez. In der heutigen Sitzung der Kammer ist auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Clemenceau beschlossen worden, sämtliche vorliegenden Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung, insbesondere über die Ereignisse in Griechenland und über die französische Politik im Orient am 17. Dezember zur Beratung zu stellen. Der Abgeordnete de Chapodaine erklärte, er nehme das von der Regierung vorgeschlagene Datum an, aber er befürchte, daß man sich an diesem Tage vollendenen Tatsachen gegenüber befinden werde. Er werde den Beweis liefern, daß man schon ein Jahr früher, im Dezember 1919, mit der Türkei hätte Frieden schließen können. (W. I. B.)

#### Amerikanisches Dementi einer englischen Tendenzmeldung.

**Einiger Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten:**  
Washington, 8. Dez. Von englischer Seite sind in den Vereinigten Staaten Gerüchte verbreitet worden, wonach die Rohstoffknappheit in Deutschland nur in der Phantasie der deutschen Regierung bestünde, welche Anstalt auch der Welt aufgewungen werden soll. Diese Mitteilung soll der Washingtoner Regierung von der amerikanischen Kommission in Berlin zugegangen sein. Das Staatsamt erklärt dazu, daß es keine derartige Meldung von der Kommission erhalten habe.

#### Der Verbandsdruck auf König Konstantin.

Paris, 8. Dez. „Petit Parisien“ veröffentlicht eine Athener Meldung des „Daily Express“, wonach die griechische Regierung an König Konstantin das Ersuchen gerichtet habe, angesichts der feindseligen Haltung der Ententeregierungen auf den Thron zugunsten seines ältesten Sohnes zu verzichten. Nach einer Konstantinopoler Meldung soll der griechische Patriarch von Konstantinopel das gleiche Ersuchen an Konstantin gerichtet haben. Dem Londoner Vertreter des „Petit Parisien“ wird andererseits berichtet, daß die Königin von Rumänien versuche, persönlich in Luzern Konstantin zum Verzicht zu veranlassen.

#### Vom Krankenlager der Kaiserin.

Berlin, 8. Dez. Wie über London gemeldet wird, ist die Kaiserin in den letzten Tagen nur noch künstlich ernährt worden.

#### Eine Sympathie Kundgebung des Reichstags für die Kaiserin?

Berlin, 7. Dez. Der Reichstagsausschuß des Reichstags hat sich heute, wie die „Dena“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, mit der Frage beschäftigt, ob bei einem Ableben der Kaiserin der Reichstag eine Sympathie Kundgebung veranstalten solle. Man ging dabei von der Ueberzeugung aus, daß es sich hier um eine rein menschliche, aber keine politische Angelegenheit handle. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion ließen erkennen, daß sie sich an einer solchen Demonstration nicht beteiligen, ihr vielmehr fernbleiben würden. Die unabhängige Fraktion wird wahrscheinlich im Plenum mit einem Protest gegen diese Kundgebung antworten. Endgültige Beschlüsse liegen jedoch noch aus.

#### Die deutsche Antwortnote über die oberösterreichische Abstimmung.

**Einiger Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten:**  
Berlin, 8. Dez. Die deutsche Antwortnote an die Alliierten in der oberösterreichischen Abstimmungsfrage verläßt Mittwoch früh Berlin. Ihre Uebersendung in Paris, London und Rom wird gleichfalls Donnerstag mittag erfolgen.

Genf, 8. Dez. Der „Herald“ meldet aus New York: Calkin erklärt dem Vertreter der Frek-Assoziation, Amerika gedanke sich nicht in die Entscheidung der Alliierten über die oberösterreichische Abstimmungsfrage einzumischen.

#### Danziger Protest gegen den Abstimmungs-vorschlag.

Danzig, 7. Dez. Der Deutsche Volksrat und Heimatdienst Danzig erhebt in einem Telegramm an die deutsche Regierung entschiedenen Einspruch gegen die von der Entente erhobene Forderung, die außerhalb Oberösterreichs wohnenden Abstimmungsberechtigten nicht in ihrer Heimat abstimmen zu lassen. Die Heimatliebe der im Deutschen Reich wohnenden Oberösterreicher soll auf diese Weise geschützt und das Abstimmungsresultat zugunsten Polens verschoben werden. (W. I. B.)

#### Eröffnung des Danziger Volkstages.

Danzig, 7. Dez. Der gestern neu konstituierte Volkstag hielt heute seine erste Sitzung ab, in der zunächst die Verpflichtung des Senatspräsidenten durch den Präsidenten des Volkstages und sodann die Verpflichtung der Senatoren durch den Präsidenten des Senats, Oberbürgermeister Sehm, erfolgte. (W. I. B.)

### Die ungarische Krise.

(Von unserem Mitarbeiter.)

Budapest, 8. Dez. Nichts ist charakteristischer für die Unruhebarkeit des Radikalismus, als die innerpolitische Entwicklung Ungarns. Obwohl unter christlich-nationaler Führung stehend, konnte das Land bisher nicht an den Wiederaufbau schreitenden Parteien nicht gelangen. So folgt von heute auf morgen ein Wechsel und die schwerwiegendsten Entscheidungen werden im Handumdrehen getroffen. Am 2. Dezember gab es eine Regierungskrise, da sich der Finanzminister nicht als Werkzeug herausgab; tags darauf wurde die Krise beigelegt, aber nicht etwa, weil der Finanzminister nachgab, sondern, weil man ein politisches und nationales Parteienbündnis gefunden hatte; man einigte sich auf die Grundlage des nationalen Königtums; der künftige König von Ungarn darf kein anderes Land beherrschen. Die Donaukonföderation wurde damit aufgegeben und Frankreich hat in Budapest eine schwere Niederlage erlitten. Die „Pragmatische Sanktion“ wurde als ungültig erklärt und der, bisher in Ungarn so hochgeschätzte Legitimitätsgedanke ist arg erschüttert. Damit auch die Anwartschaft des Erzherzogs Karl auf den ungarischen Thron und die Stellung seines Platzhalters, des Reichsverweisers Hoehly.

Aber schon zeigt sich ein gewisser Umschwung. Die Regierungsparteien werden durch den Austritt der Legitimitäten geschwächt, die alle zur Friedlichgruppe übertritten. Damit bekommt der Radikalismus wieder neue Nahrung. Die alten Parteienunterstützer verschieben sich immer mehr und mehr, da die Stellung zum Königsproblem immer maßgebender wird. All dies geschieht sehr zum Nachteil der christlich-nationalen Sache selbst; und die Warnungsrufe der konservativen Führer Dollay und Guzjar scheinen vergebens zu sein.

Der im radikalen Sinne erfolgte Wiederaufbau des nationalen Chauvinismus ist auch für das Schicksal der 1 1/2 Millionen ungarländischen Deutschen sehr verhängnisvoll. Die politische Szene hat mit großem Mergel die Tätigkeit des bisherigen Nationalitätenministers Blener verjagt. Der Mann, der seit den ersten Tagen nach der Besetzung des Bela-Königs Mitglied der ungarischen Regierung ist, verdiente ernste Beachtung. Blener hatte viele Jahre an der Budapestener Universität die Vorlesungen über deutsche Literaturgeschichte gehalten. Er gehört zu jenen in Ungarn geborenen Deutschen, die sich nicht magyarisierten, sondern anrecht ihr Deutschtum bekundeten. Dr. Blener bemühte sich, den in dem verkleinerten Ungarn noch verbliebenen Deutschen und Slowaken zu ihren staatsbürgerlichen Rechten zu verhelfen. Das erregte den Mergel der magyarischen Centre, und Blener mußte demissionieren. Das Ministerium der nationalen Minderheiten dürfte wahrscheinlich aufgelöst und mit dem Ministerium für Inneres vereinigt werden. Damit fällt aber auch endgültig eine nationale Vertretung der ungarischen Deutschen in der Regierung. Schon jetzt hat der Ab-ordnete Dr. Huber öffentlich erklärt, daß ein Rücktritt Bleners ein Auscheiden aller deutschen Abgeordneten aus der Regierungspartei nach sich ziehen wird.

Die Dinge sind jedoch noch viel ernster zu bemerken. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die in Besatzungern wohnenden Deutschen sich überhaupt nie mehr einer magyarischen Vorherrschaft anpassen können. Während bisher infolge gewisser schwerer Fehler der österreichischen Regierung unter Renner die ungarländischen Deutschen keine Lust zeigten, sich bei einem Anschluß an Österreich wieder mit dem hochbeweislichen Bündnis beuladen zu lassen, kann die Stimmung in Deutschland so umschlagen, daß nicht nur die Bewohner des Burgenlandes, das nach dem Friedensvertrage zu Österreich kommen soll, sondern die Bewohner von ganz Deutsch-Ungarn mit Budapest brechen und die Verständigung mit dem neuen Österreich erbrechen. Es sind Ereignisse von allergrößter Bedeutung, die sich da vorbereiten.

### Nachgeben d'Annunzios.

**Einiger Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten:**  
Rimini, 8. Dez. Der „Lages-Anzeiger“ meldet aus Rimini: d'Annunzio hat gestern nachmittags das italienische Ultimatum angenommen. Die Verhandlungen betr. die Uebergabe der Regierung des Freistaates beginnen am Sonnabend in Rimini.

Die Legionäre räumen die Inseln Vigilia und Arbe, wegen Italien die von d'Annunzio entworfene Verfassung des Quarnero staates anerkennen und mit Bezug auf die Begegnung des d'Annunzios von Rimini gegenüber Südbosnien für die Linie d'Annunzios eintritt.

#### Ueberrumpelung italienischer Kriegsschiffe?

Rom, 8. Dez. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Der Torpedobootscharführer „Bronzetti“ und das Torpedoboot 68, die zum Hochseegeschwader der Adria gehören, sind in Rimini ohne Befehl vor Anker gegangen. Es ist noch nicht bekannt, wer diese Abweichung von der Marschroute veranlaßt oder ausgeführt hat. Nach den ersten Nachrichten scheinen die Kommandanten aber rumpelt worden zu sein. Die Angelegenheit wurde sofort zur Kenntnis der militärischen Gerichtsbehörden gebracht. (W. I. B.)